

werden. Nachdem die Kreisleitung erst kostbare Zeit verstreichen ließ, will sie jetzt an die Auswertung der Analysen herangehen. Genossen vom Rat des Kreises Grimma und die Mitglieder der Brigaden werden sich daran beteiligen. Obwohl diese Beratung schon ein begrüßenswerter Anfang ist, reicht sie doch nicht aus. Es wäre unbedingt notwendig, diese politischen Analysen im Parteiaktiv auszuwerten und sie zum Beispiel auf der kommenden Parteiaktivtagung als eine der örtlichen Grundlagen für die Aufgaben, die sich auf Grund des 17. Plenums des Zentralkomitees ergeben, zu betrachten.

In der praktischen Arbeit wird auch noch nicht genügend berücksichtigt, daß Beschlüsse nicht zum Selbstzweck, sozusagen als innerparteiliche Aufgabe, gefaßt werden. Beschlüsse sind vor allem dazu da, die Genossen für die Lösung bestimmter politisch-ideologischer Aufgaben auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu befähigen, mit dem Ziel, den Kampf um unsere gerechte Sache erfolgreich führen zu können.

Deshalb bedeuten die Parteibeschlüsse und deren Verwirklichung auch für die gesamte Arbeiterklasse und alle übrigen Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik einen weiteren Schritt vorwärts.

Das große Versäumnis der Genossen der Kreisleitung Grimma bei der Auswertung und Verwirklichung der Beschlüsse des 17. Plenums drückt sich auch darin aus, daß bisher in keinem Ort des Kreises, in keiner LPG, MTS usw. eine öffentliche Versammlung über die nächsten Aufgaben in der Landwirtschaft durchgeführt wurde. Also wissen in Grimma nur ganz wenige Menschen, was die Partei für die Lösung der nächsten Aufgaben in der Landwirtschaft beschlossen hat. Aber dort, wo die Partei nicht arbeitet, daß heißt, den Arbeitern und werktätigen Bauern nicht den Weg zur Überwindung der Schwierigkeiten weist und ihnen nicht die Perspektive jeder Etappe unseres Kampfes zeigt, dort hat es der Klassegegner leicht, sein schmutziges Handwerk¹ zu betreiben.

Die Kritik, die die Genossen N o a k und K e i l i t z, 1. und 2. Sekretär der Kreisleitung, an diesem Teil ihrer Arbeit üben mußten, werden sie sicher zum Anlaß nehmen, um künftig den Kampf um die Auswertung und Durchführung der Beschlüsse besser zu organisieren. Die vielen guten Erfolge ihrer Arbeit müssen besser verallgemeinert und gründlicher ausgewertet und dürfen nicht losgelöst von den großen Beschlüssen der Partei behandelt werden.

Gerda Kerber — Renate Präbler

Wie wurden die Verpflichtungen des Parteistatuts bisher erfüllt?

Ein Beispiel aus der Parteiorganisation der Stadt Leipzig

Im Entwurf des abgeänderten Statuts unserer Partei heißt es: „Das Parteimitglied ist verpflichtet: d) ständig an der Hebung seines politischen Bewußtseins, an der Aneignung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus zu arbeiten.“ Wie wichtig diese Verpflichtung für jedes Parteimitglied ist, beweisen die ideologischen Schwächen vieler Genossen, die während der Vorbereitung des IV. Parteitages in Mitgliederversammlungen, Betriebs- und Kreisdelegiertenkonferenzen offensichtlich wurden. Die Erfahrungen lehren, daß viele Parteimitglieder nur geringe Kenntnisse auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus haben. Die Folgen sind Mängel und Schwächen in der Arbeit, ideologische Unklarheiten und Schwankungen.

Schon das bisher gültige Statut unserer Partei verpflichtete „das Parteimitglied, ständig sein politisches Wissen durch das Studium des Marxismus-Leninismus zu erweitern“ und „die Parteipresse regelmäßig zu lesen“. Viele Parteimitglieder erfüllten diese Pflicht ungenügend, sie studierten nicht, sie nahmen nicht am Parteilehrjahr teil und lasen auch unsere Parteipresse nicht.

In der Stadt Leipzig waren am Beginn des vierten Parteilehrjahrs im Oktober 1953 73,3 Prozent der Parteimitglieder im Zirkel des Parteilehrjahrs eingestuft, von ihnen nahmen am 19. Oktober 1953 nur 60 Prozent am Zirkelabend teil. Das sind nur 44 Prozent aller Parteimitglieder in Leipzig. Am Zirkelabend am 8. Februar 1954 betrug die Teilnahme nur noch 33 Prozent aller Parteimitglieder der Stadt Leipzig. Unter den Kandidaten sieht es nicht besser aus. Am 19. Oktober 1953 nahmen in Leipzig 41,1 Prozent und am 8. Februar 1954 nur noch 32,8 Prozent von allen Kandidaten am Parteilehrjahr teil.

Die Zahlen zeigen, daß die Feststellung im Beschluß des Politbüros vom 18. August 1953 über das Parteilehrjahr 1953/54: „Die Teilnahme am Parteilehrjahr ist freiwillig“, von vielen Genossen formal ausgelegt wurde. Viele Parteileitungen haben nicht genügend darum gekämpft, die Mitglieder ihrer Parteiorganisation zu überzeugen, sich entsprechend ihren bisherigen politischen Kenntnissen, ihren Wünschen und Interessen am Studium im Parteilehrjahr zu beteiligen. Das ist zweifellos eine große Unterschätzung des Studiums unserer Theorie und eine Mißachtung der im alten Statut schon festgelegten Pflicht des Parteimitgliedes, ständig sein politisches Wissen durch das Studium des Marxismus-Leninismus zu erweitern.

Und wie helfen die Parteileitungen den Kandidaten, sich auf die Aufnahme als Mitglied der Partei nach Beendigung der Kandidatenzeit vorzubereiten, wenn sie sie nicht einmal zur Teilnahme am Parteilehrjahr erziehen? Der Besuch des Parteilehrjahres bietet doch die beste Möglichkeit für die Kandidaten, sich zu schulen.

Ein anderes wichtiges Mittel zur politischen Schulung und Anleitung aller Genossen ist die Parteipresse. Eine Überprüfung ergab, daß am 31. Dezember 1953 in Leipzig nur 30,6 Prozent der Parteimitglieder und Kandidaten regelmäßig das „Neue Deutschland“, 28,5 Prozent den „Neuen Weg“, 17,7 Prozent die „Einheit“, 15,8 Prozent die Wochenzeitung „Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“ und nur 12,9 Prozent das „Notizbuch des Agitators“ beziehen. Allerdings wird die „Leipziger Volkszeitung“ von den meisten Genossen regelmäßig bezogen.